



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Liebe Leserinnen und Leser,

die Weihnachtsbotschaft mit dem Wunsch nach „Frieden auf Erden“ wird auch in diesem Jahr nicht Wirklichkeit werden. Putins grausamer Vernichtungskrieg gegen die Ukraine dauert an, er lässt keinerlei Neigung erkennen, von seinem Maximalziel, das Land „heim ins Reich“ zu holen abzurücken. Die EU setzt aber klare Signale dagegen. Die EU-Kommission empfiehlt, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Sie schlägt für die nächsten 4 Jahre eine finanzielle Unterstützung von 50 Milliarden Euro vor. Das EP unterstützt das.

Der Krieg zwischen Israel und der Terror-Organisation Hamas infolge des unsäglichen Angriffs auf israelische Zivilisten am 7. Oktober hat unermessliches Leid über die Familien der Opfer in Israel gebracht. Auch die zivilen Opfer in Gaza müssen uns schmerzen. Sie sind von Hamas in perfider Berechnung akzeptierte Opfer, weil Hamas die israelische Reaktion im voraus einkalkulierte. Nach einem Ende der Hamas-Kontrolle über Gaza müssen sich alle, die an einem Frieden in Nahost interessiert sind, die EU, USA, arabische Nachbarn gemeinsam mit Israel und den Palästinensern an einen Tisch setzen und sich darum kümmern, dass es einen Wiederaufbau in Gaza gibt ohne Bedrohung Israels. Und dann beginnen, ein dickes Brett zu bohren, den Nahost-Friedensprozess wiederzubeleben.

Die „normale“ Gesetzgebung geht bis zur letzten Aprilwoche weiter. Wir Christdemokraten wollen vor der Europawahl am 9. Juni deutlich machen, wo die Unterschiede liegen in der Migrations-, Wirtschafts-, Handels-, Landwirtschafts- und Klimapolitik im Vergleich zur zunehmend ideologischen linken Hälfte des Hauses und der antieuropäisch-populistischen Truppe am rechten Rand.

Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr

Ihr

Michael Gahler



AUS DEM INHALT

Ausgabe Dezember 2023

- **Absage an Pflanzenschutzverordnung**
- **Emissionsstandards für LKW und Busse**
- **Wiederaufbaupaket für die Ukraine**
- **EU-Mehrjahreshaushalts**
- **Handgepäckregeln im Flugzeug**

EU-Parlament will Verpackungen und Verpackungsabfälle verringern

Müll vermeiden, Wiederverwendung und Wiederverwertung steigern sowie Rückgabe- und Pfandsysteme weiter ausbauen: Dies sind Ziele der neuen EU-Verpackungsverordnung, die derzeit von der EU erarbeitet wird. CDU und CSU unterstützen den Gesetzesvorschlag und das Ziel, Verpackungsabfall zu reduzieren. Im November positionierte sich das EU-Parlament dazu.

Was so einfach klingt, ist als Gesetz hochkomplex, denn es betrifft so ziemlich alle aus dem Alltag bekannten Verpackungen. Wie kann man die Verpackungen von Wasch- und Spülmaschinen reduzieren? Wäre ein Mehrwegsystem für Wein sinn-

voll? Wieviel Müll vermeidet man mit einem Verbot von Zuckertütchen aus Papier? Welche zusätzlichen Transportkosten schaffen neue Mehrwegverpackungen? Welche Hygiene- und Haltbarkeitsargumente gibt es für Plastikfolien bei Gemüse? Diese sind nur einige der Fragen, mit denen sich die Abgeordneten im Detail auseinandersetzen mussten.

Im Ergebnis hat das Parlament aus den vielen Einzelinteressen eine sinnvolle Position erreicht. Die Abgeordneten stimmen für ambitionierte Ziele für die Müllvermeidung und erste Maßnahmen zu Steigerung des Recyclings und Ausbau

der Kreislaufwirtschaft in den EU-Mitgliedstaaten, die bisher hinterher hinken. Recycling, wie es beispielsweise bei Verpackungen aus Papier oder Pappe möglich ist, spielt eine ebenso wichtige Rolle wie Wiederverwendung. Dies ist ein Signal für die bereits gut funktionierenden Recyclingsysteme in Deutschland. Den Abgeordneten von CDU und CSU ist es außerdem gelungen, überzogene Verbote wie von Papiertütchen für Zucker, Salz oder Pfeffer zu vermeiden und sinnvolle Ausnahmen zu erreichen. Der Positionierung des Europäischen Parlaments folgen nun die Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat über den endgültigen Gesetzestext.



EU-Parlament erteilt verschärfter Pflanzschutzverordnung eine Absage

Gute Nachrichten für die europäische Landwirtschaft: Das Europäische Parlament hat während der Plenarsitzung im November eine überzogene Verschärfung der EU-Pflanzenschutzverordnung abgelehnt. Damit besteht nun die Chance, in der nächsten Legislaturperiode einen Neuanlauf mit vernünftigen Vorgaben zu nehmen. Europa muss Lösungen gemeinsam mit und nicht gegen die Landwirtschaft finden.

Tatsächlich hätte der Vorschlag von Grünen, Linken

und Sozialdemokraten für viele Landwirte das wirtschaftliche Aus bedeutet. Mit dem vorgeschlagenen Verbot von Pflanzenschutzmitteln in landwirtschaftlich sensiblen Gebieten war für die Abgeordneten von CDU und CSU eine rote Linie überschritten. Denn dann wäre in diesen Gebieten nur noch spezieller Ökolandbau möglich gewesen und viele Landwirtschaftsbetriebe hätten eine Zwangsumstellung hinnehmen müssen. Selbst Umweltverbände

hatten sich im Vorfeld gegen diese viel zu weitreichende Forderung ausgesprochen. Es ist gut, dass eine Parlamentsmehrheit dies nun erfolgreich verhindert hat.

Mit der Zurückweisung im Plenum ist die erste Lesung des Gesetzes abgeschlossen. Die Abgeordneten von CDU und CSU werden sich auch in Zukunft für an den Realitäten orientierte, umsetzbare Bedingungen für die europäischen Landwirte einsetzen.

Grünes Licht für EU-Neuseeland-Freihandelsabkommen

Handel ohne Hindernisse: Das Europaparlament hat während seiner Sitzung im November mit überwältigender Mehrheit für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland gestimmt. 85 Prozent der Abgeordneten stimmten mit Ja. In den vergangenen zehn Jahren war die Zustimmung zu einem Freihandelsabkommen noch nie so groß. Damit hat das Par-

lament unter Federführung der CDU/CSU-Abgeordneten ein eindeutiges Zeichen gesetzt: Globaler Handel wird mit der Macht des Rechts anstatt des Rechts des Stärkeren gestaltet.

Das Abkommen gilt im Vergleich zu anderen zuvor als fortschrittlicher und beinhaltet klare Regeln für den digitalen Handel, die Einrichtung einer speziellen

Kontaktstelle für kleine und mittlere Unternehmen sowie einen neuen EU-Nachhaltigkeitsansatz. Die EU-Kommission geht davon aus, dass der Handel zwischen beiden Partnern infolge des Abkommens um bis zu 30 Prozent wachsen könnte und EU-Investitionen in Neuseeland um bis zu 80 Prozent zunehmen könnten. Bei den Exporten aus den EU-

Staaten nach Neuseeland erhofft sich die EU-Kommission einen Zuwachs um bis zu 4,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Die EU und Neuseeland hatten sich im Juni 2022 nach vierjährigen Verhandlungen auf das Freihandelsabkommen ver-

ständigigt. Im Juli 2023 war es dann von beiden Seiten unterschrieben worden. 2024 soll das Abkommen in Kraft treten.

CO2-Emissionsstandards für LKW und Busse



Auch LKW und Busse müssen sauberer werden und zukünftig weniger klimaschädliches CO₂ ausstoßen. Das ist das Ziel eines EU-Gesetzesvorschlags zu CO₂-Emissionsgrenzwerten von LKW, Bussen, Anhängern und Aufliegern. Im November positionierte sich das EU-Parlament dazu. Die CDU/CSU-Abgeordneten konnten sich dabei weitgehend durchsetzen und den Versuch von Grünen und Sozialdemokraten abwehren, auch bei LKW und Bussen ei-

nen Weg einzuschlagen, der alles außer Elektro- und Wasserstoffantrieben verbietet.

Statt Verboten braucht es Technologieoffenheit für einen Wettbewerb der besten Technologien. Einem Antrag der Europaabgeordneten von CDU und CSU folgend, stimmte die Mehrheit der Parlamentarier auch für die Berücksichtigung von CO₂-neutralen Kraftstoffen, sogenannten e-Fuels. Damit konnte ein Abstimmungs-

ergebnis wie bei der CO₂-Regulierung für PKW verhindert werden, als eine linksgrüne Mehrheit mit ihrer Ablehnung von e-Fuels das Verbrennerverbot ab 2035 durchsetzte. Für den Technologie- und Logistikstandort Europa ist es deshalb ein wichtiges Signal, dass für LKW, Busse, Anhänger und Auflieger andere Regeln kommen. Das Gesetz wird nun in Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten finalisiert.

EU-Parlament stimmt für Wiederaufbaupaket für die Ukraine

Im Oktober hat das Europa-Parlament mit über 90% der abgegebenen Stimmen der sogenannten Ukraine-Fazilität zugestimmt. Insgesamt 50 Milliarden Euro sollen in den Jahren 2024 bis 2027 für den Wiederaufbau, die Modernisierung und die Vorbereitung zum EU-Beitritt der Ukraine bereitgestellt werden. Die EU-Kommission hatte im Juni die Einrichtung des Fonds vorgeschlagen.

Die Auszahlung der Mittel soll an Bedingungen geknüpft werden. Für den Wiederaufbau wird die Ukraine einen sogenannten „Ukraine-Plan“ vorlegen. Dieser wird von der Regierung vorbereitet, muss aber auch mit den Gemeinden und Regionen sowie mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass die EU-Haushaltsmittel effizient und mit klarer Kontrolle und Transparenz verwendet werden. Anti-Korruptionsmaßnahmen und -behörden arbeiten bereits oder sind auf den Weg gebracht worden. Zur Finanzierung der Maß-

nahmen – insbesondere des Wiederaufbaus – sollen auch in der EU eingefrorene Vermögenswerte der Russischen Föderation oder von Einrich-



tungen sowie Einzelpersonen, die direkt mit dem russischen Angriffskrieg in Verbindung stehen, herangezogen werden.

Die Ukraine-Fazilität soll als zusätzliches Geld in den vereinbarten 7-jährigen Finanzrahmen 2021-2027 Eingang finden. Damit die Auszahlung der Mittel erfolgen kann bedarf es noch der Einigung des Europäischen Parlaments mit den Mitgliedstaaten und im Europäischen Rat ein einstimmiges OK.

Der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion und in seiner Funktion als Ständiger Berichterstatter des

Europäischen Parlaments zur Ukraine Mitverfasser der Parlamentsposition, Michael Gahler, stellte zur Abstimmung fest: „Die EU wird die

Ukraine weiterhin umfangreich unterstützen. Neben der akuten militärischen Unterstützung, müssen wir jetzt auch an den Wiederaufbau des Landes denken. Mit der Ukraine-Fazilität im Gesamtwert von 50 Milliarden Euro senden wir ein

wichtiges Signal aus: Noch während des Krieges beginnen Ukrainer und die EU an der gemeinsamen europäischen Zukunft zu arbeiten. Die Mitgliedstaaten müssen jetzt ihren Teil dazu beitragen, damit die Überarbeitung des langfristigen EU-Haushalts bis zum Ende dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen wird. Das Langfrist-Ziel ist der EU-Beitritt der Ukraine. Dabei kommt es nicht nur darauf an, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, sondern auch die Demokratie auf allen Ebenen stärkt und nachhaltigen Wohlstand für ihre Bürgerinnen und Bürger schafft. Die EU wird dem Land dabei zur Seite stehen.“

Stärkung des Technologiestandorts Europa

Europa will technologisch unabhängiger von Dritten werden, sowohl was die Technologien, als auch die Rohstoffe angeht. Mit einem neuen Fonds, der sogenannten Plattform für strategische Technologien für Europa, in englischer Abkürzung STEP genannt, will die EU-Kommission diesem Ziel näherkommen, indem strategische Technologien finanziert werden sollen. Im Oktober hat sich das Europaparlament zu STEP positioniert, wobei neben Änderungen zur Verbesserung der Effektivität eine Aufstockung der Mittel von 10 auf 13 Milliarden Euro gefordert wurde.

Leider will eine von links getragene Mehrheit im Europaparlament, STEP auch zu einem Instrument zum Abbau der Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten machen, anstatt es als Instrument zur Behauptung im globalen Wettbewerb zu betrachten. So sollen Mittel aus dem Fonds für weniger entwickelte Regionen leichter und breiter abrufbar sein. Aus Sicht der CDU/CSU-Gruppe und auch der Bundesregierung ist das problematisch. Als EU-Fonds muss STEP für alle EU-Mitgliedstaaten gleich angewandt werden. Umso verwunderlicher war es, dass die zuständigen deutschen

Europaabgeordneten von SPD und Grünen in dieser Frage aktiv gegen ihre eigene Bundesregierung gearbeitet haben und die betreffenden Passagen unterstützt haben. So droht STEP ein für Deutschland sinnloses und gleichzeitig teures Instrument zu werden, von dem Deutschland nur wenig hat. Noch bleiben Möglichkeiten zur Korrektur: Sobald auch die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Haltung zu STEP gefunden haben beginnen Verhandlungen über den endgültigen Gesetzestext. CDU und CSU werden sich für Änderungen stark machen.

Überarbeitung des EU-Mehrjahreshaushalts

Alle sieben Jahre legt die EU ihren Haushalt fest, im sogenannten „mehrjährigen Finanzrahmen“. Zuletzt wurde 2020 ein Haushalt für die Zeit von 2021 bis 2027 festgelegt. Nach fast drei Jahren in der aktuellen EU-Haushaltsphase steht jedoch fest, dass der festgelegte Rahmen nicht ausreichen wird. Die Nach-

wirkungen der Corona-Pandemie, vor allem in Gestalt der steigenden Zinskosten für den Wiederaufbaufonds, aber auch die dringend notwendige Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr der russischen Aggression haben sowohl die nationalen als auch den EU-Haushalt stark belastet, so dass vor allem Hand-

lungsspielräume im EU-Haushalt schwinden.

Aus diesem Grund hatte die Europäische Kommission kürzlich bereits eine Erhöhung des aktuellen Mehrjahreshaushalts vorgeschlagen. Im Oktober hat das Parlament eine Erhöhung von 75,8 Milliarden Euro bis 2027 gefordert.

Gemessen an der europäischen Wirtschaftsleistung betragen diese zusätzlichen Mittel weniger als 0,1 Prozent. Die Abgeordneten von CDU und CSU unterstützen diese Forderung, damit die EU die dringlichen Herausforderungen unserer Zeit – die Unterstützung der Ukraine, ein wirksamer Außengrenzschutz, Migrationsabkommen mit Drittstaaten, Stärkung von Innovation und Forschung – bewältigen zu können. Außerfrage steht auch, dass die Erhöhung vollständ-



den EU-Rechtsstaatlichkeitsstandards unterliegt, sodass kein Land Geld bekommt, das sich nicht an die Regeln hält. Nun kommt

es darauf an rasch eine Einigung mit den Mitgliedstaaten zu erzielen, um die Handlungsfähigkeit der Union zu erhalten.

Einheitliche Handgepäckregeln im Flugzeug



Wer häufig mit Handgepäck fliegt, kennt das Problem: Fluggesellschaften haben alle eigene Bestimmungen für das Handgepäck, sowohl was die Gewichts- als auch die Größenbestimmungen sowie die anfallenden Gebühren angeht. So ist es möglich, dass ein

anderes gezwungen wird, dasselbe Gepäckstück auch noch gegen eine Gebühr aufzugeben.

Nach dem Willen des Europaparlaments soll damit Schluss sein, denn die Abgeordneten forderten im Oktober mehrheitlich

volles Gepäckstück bei einer Airline kostenfrei in der Kabine mitfliegen darf, während man bei einer

einheitliche Preis- und Größenvorgaben für Handgepäck in Flugzeugen innerhalb der Europäischen Union. Dies würde Reisen in Europa erleichtern und auch die Gebühren berechenbarer machen. Nun ist die EU-Kommission gefordert, auf die Entschließung zu reagieren und eventuell gesetzgeberisch tätig zu werden. Ausgangspunkt für die Parlamentsentschließung war übrigens die Petition eines Bürgers, der sich mit diesem Wunsch an den Petitionsausschuss des Europaparlaments gewandt hatte.

Sacharow-Preis für geistige Freiheit an iranische Frauen

Den renommierten Sacharow-Preis für geistige Freiheit verleiht das Europäische Parlament in diesem Jahr im Gedenken an die brutal vom iranischen Regime ermordete Masha Amini an die iranische Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“. Damit zeichnen die Abgeordneten die friedlichen Bemühungen der Iraner im Streben nach Menschenrechten und Freiheit aus. Iranische Frauen und Menschenrechtsverteidiger, die trotz der Schwierigkeiten und persönlichen

Repressionen, mit denen sie konfrontiert sind, ihre Aktivitäten fortsetzen, haben unsere volle Unterstützung. Europa darf nicht müde werden, auf furchtbare Missstände, wie sie im Iran herrschen, immer wieder hinzuweisen. Die Brutalität des Regimes gegen Frauen ist zutiefst verabscheuungswürdig.

Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird am 13. Dezember im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Straßburger Plenarsaal des

Parlaments verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen, und ist nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt.

IMPRESSUM

Michael Gahler
EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament
ASP 15 E 262

B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@

europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
f michael.gahler.eu

Europabüros:
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel: +49-6152-932510
und Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel: +49-6151-1712-13

Bildnachweis:
Europäisches Parlament,
Europäische Kommission
Freepik.com

Online-Plattform zur Europawahl

Mit Blick auf die Europawahl Anfang Juni nächsten Jahres hat das Europäische Parlament eine Online-Plattform aufgelegt. Die Plattform bringt dabei Menschen und Organisationen aus ganz Eu-

ropa zusammen, denen die Demokratie in Europa am Herzen liegt zusammen und sich gemeinsam dafür einsetzen, andere Unionsbürgerinnen und -bürger zur Teilnahme an der Europawahl zu motivieren.



WEB-TIPP

Weitere Informationen
finden Sie hier:

<https://gemeinsamfuer.eu/de>